

negro nicht, das früher so oft von seinen Rühmestaten sprach, die es vor Skutari leisten wollte.

**Griechenland und seine Verbündeten.**

Einem Konstantinopeler Blatt zufolge sollen die Bulgaren die gesamte griechische Bevölkerung in den thrakischen Gegenden, insbesondere an der Küste, vernichtet und die Dörfer verbrannt haben. So die Bulgaren den Fuß hingefügt hätten, sei keine Spur menschlicher Wohnung, menschlichen Lebens geblieben. Der uralte Haß gegen die Griechen komme jetzt in dem turanischen Reime gegen diese zum Ausdruck, und in der Niedermetzung friedlicher Menschen. Das Blatt berechnet die Verluste der Griechen durch diese Schandtat auf 300 000. Am 15. Mai 1913 ist nach dem Bericht der griechischen Regierung 65 000 Griechen niedergemacht und nebst 15 000 Tündern Vieh geraubt und mit wertvollen Baus bezahlt worden sein.

Diese Angaben des türkischen Blattes sind mit Vorsicht aufzunehmen. In diesem Zusammenhange interessant ist folgende Konstantinopeler Meldung: Bei einem Besuche, den der Justizminister dem osmanischen Patriarchen abstattete, sprach der Minister auf die politischen Tagesfragen zu und sagte den Vätern folgende u. a.: Der Balkanbund sei für Griechenland nicht günstig. Der Bund werde für den Hellenismus verhängnisvoll sein. Der begangene Fehler werde in späterer Zeit sühnen, wenn ein großer Teil der hellenischen Nation den nationalen Charakter, den er sich unter der Herrschaft der Türkei erhalten habe, verlieren werde. Die Strömung, die Griechen und Muselmanen bedrohe, werde die Bewohner der belebten Gebiete verschlingen. Als der Patriarch erwiderte, warum die Türkei nicht rechtzeitig Schritte gegen diese, um der Beteiligung Griechenlands am Balkanbunde vorzubeugen, erklärte der Minister: Was geschehen ist, ist geschehen. Trachten wir Türken und Griechen wenigstens danach, künftig in Freundschaft zu leben. Die Vergangenheit wird und nach dem Frieden für künftiges Zusammenleben zur Lehre dienen.

**Zum rumänisch-bulgarischen Konflikt.**

Die Aufwärtigen Vertreter der Mächte haben ihren Resolutionen die Verbotsklause Rumaniens über die Annahme der Vermittlung überhand. Gleichzeitig hat die rumänische Regierung ihren Gesandten bei den Großmächten eine Denkschrift zugestellt, worin das Mindestmaß der rumänischen Ansprüche enthalten ist. Nach Blättermeldungen hat der rumänische Ministerpräsident Raynec dem bulgarischen römischen Gesandten den Besuch ausgesprochen, eine einmalige Zusammenkunft der Vertreter der vermittelnden Mächte möge aus besonderer Achtung für den Jaren als den Anreger der Hooger Konferenz in Petersburg stattfinden.

Die Verhandlungen zwischen Serbien und Rußland drehen sich um den Versuch nach nur noch um Dschalowa. Man hofft, daß vor dem Zusammentritt der Unterministerkonferenz am Donnerstag eine Einigung erzielt sein wird. Falls dies aber nicht geschieht, so wird die albanische Frage solange vom Konferenzprogramm abgesehen werden, bis die österreichisch-russischen Sonderverhandlungen zum Abschluss gelangt sind. Nachdem Rußland in die Unterzeichnung des Artikels in das neue albanische Reich eingewilligt hat, scheint es bezüglich Dschalowa weniger nachgiebig zu sein zu müssen. Allerdings würde Serbien, wenn es Dschalowa erhält, auf Veranlassung Rußlands Albanien gegenüber zu einigen Zugeständnissen in der Ebene von Jozef bereit sein.

**Die neuesten Meldungen lauten:**

Die Besserung der österreichisch-russischen Beziehungen. **Frankfurt a. M.** (Priv.-Tel.) Der „Frankf. Sta.“ wird aus Wien gemeldet: Veranlaßt durch den Artikel der „Nordd. Allg. Sta.“ und durch hier eintreffende tägliche Nachrichten über eine wesentliche Besserung der internationalen Situation, veröffentlichen hier Gerichte, daß eine baldige Entlassung österreichischer Referenten bevorstehe. Straßburg wird hier die Meinung vertreten, als ob die ganze Differenz zwischen Serbien und Rußland in der Frage von Tuzla gelöst sei. Das trifft aber, wie von kompetentester Stelle mitgeteilt wird, keineswegs zu. Tuzla ist nur ein vorläufiger Posten der russischen Truppe.

Das ungünstige Wetter auf den Kriegsschauplätzen. **Paris.** (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Vercy wird am 10. März mitgeteilt: daß inbricht das andauernde schlechte Wetter die Schuld an der unzureichenden Befestigung trage. Sowas hat die ganze Welt vor der Schlacht von Verdun unpassierbar gemacht, und dabei harmlos und traurig es weiter.

**Ankauf türkischer Inseln durch Italien?**

**Venedig.** (Priv.-Tel.) „Dasin News“ melden aus Konstantinopel: Wie hier bekannt wird, steht Italien in geheimen Unterhandlungen mit den Jungtürken über den Verkauf der Inseln Rhodes, Kos und Samos, die bereits von den Italienern besetzt sind. Der Kaufpreis soll 500 Millionen betragen. Das Geld soll sofort ausbezahlt werden, die Inseln sollen jedoch erst übergeben werden, nachdem der Friede geschlossen ist.

**Drahtmeldungen**

vom 25. Februar.

**Deutscher Reichstag.**

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Zur Beratung haben Wahlprüfungen.

Auswahl der Prüfung der

Wahl des Abg. Böhm (Rehl-Offenburg, natl.). wählt in der Stichwahl mit 1273 gegen 1270 Stimmen zum Reichstag gewählt worden. Die Kommission hat Böhm 7 Stimmen abgegeben, weil 7 Wähler nicht wohl-berechtig waren. Böhm behält mithin nur noch 1270 Stimmen, also 3 Stimmen weniger als sein Gegenkandidat. Die Kommission beantragt daher, die Wahl für ungültig zu erklären. **Abg. Dr. Bollert** (natl.) beantragt namens seiner politischen Freunde, die Prüfung dieser Wahl auszuheben und die Sache zur nochmaligen Beratung an die Wahlprüfungskommission zurückzugeben. An demselben Tag hat die Wahlprüfungskommission einstimmig entschieden, die Sache müsse also nochmalig geprüft werden. **Die Abg. Dr. Neumann-Doser** (natl.) und **Stadtth. (Soz.)** stimmen zu, das kein Grund zu einem weiteren Beschluß vorliege. **Die Abg. v. Haschauer** (natl.), **Schwarz** (Centr.) und **Pöschel** (Centr.) widersprechen. **Die Wahl** wird gegen das Zentrum und die Rechte an die Kommission zurückverwiesen.

Die zweite Wahlprüfung betrifft die Wahl des Abg. Dr. Becker (b. l. V.), der früher zu den Nationalliberalen gehörte. Er ist mit 12016 gegen 12013 Stimmen gegen den freiwillingigen Wähler Korrell gewählt worden. Aus dem Wahlakt in Brandenburg ist eine Reihe großer Unregelmäßigkeiten festzustellen. In der Wahlprüfungskommission wurde mit Rücksicht hierauf die Ungültigkeit der bei diesem Wahlakt für Dr. Becker abgegebenen 130 Stimmen erklärt, während ein anderer Teil der Kommission aus die 382 Stimmen, die bei diesem Brandenburg Wahlakt für Korrell gewählt sind, kassieren wollte. Das wurde schließlich mit 9 gegen 5 Kommissionsstimmen abgelehnt. Die Mehrheit stellte sich dabei auf den

Standpunkt, daß man nicht einen ganzen Wahlbezirk aus dem Wahlkreis herausstreichen könne, und daß man nicht den Zweck eines Wahlgesetzes, die Wahl des gewählten Abgeordneten zu erschweren, in sein Gegenteil zu verkehren und sie durch Ausnutzung dieses Gesetzes sogar noch beschleunigen dürfe. Die Wahlprüfungskommission hat aber dann nach Prüfung einzelner anderer Wahlpunkte 44 ungültige Stimmen für Becker abgezogen, so daß Dr. Becker seine Mehrheit verloren hat. Die Kommission beantragt daher Ungültigkeit der Wahl. **Abg. Schwarz** (Natl.) über diesen Antrag soll namentlich abstimmen werden. **Abg. Dr. Krenn** (Reichsp.) Die Wahl in Brandenburg ist zweifellos ungültig. Die Vorschriften des Wahlgesetzes sind verletzt worden. Nicht man die in Brandenburg abgegebenen Stimmen den beiden Kandidaten ab, so erweist sich eine Mehrheit für Dr. Becker. Seine Wahl muß also gültig sein. Das von der Mehrheit der Wahlprüfungskommission hier beliebte Vorgehen kann zu den schwersten Folgen führen. Es öffnet der Willkür Tür und Tür. **Abg. v. Trappmann** (Volk) spricht gegen und **Abg. v. Trappmann** (Volk) für die Gültigkeit des Mandats. **Abg. Dr. Neumann-Doser** (Natl.); Wenn Dr. Krenn in dieser Weise auftritt, dann hat er die Verpflichtung, wenigstens die Berichte der Wahlprüfungskommission sich genau anzusehen. Was er hier als Beispiel für schwere Verstöße angeführt hat, das steht nicht in dem Bericht über die Wahl Beckers, sondern über die Wahl von Haupt. (Hört, hört!) Die Wähler Korrell fühlen sich beschwert über Unregelmäßigkeiten bei der Wahl und legen dagegen Protest ein, und nun wollen Sie die Ungültigkeit festbegehen, dem Gegner Korrell dafür Stimmen zuzuführen. **Abg. Stadtth. (Soz.);** Es wäre geradezu eine Verhöhnung des Rechts, wenn man Dr. Krenn folgen wollte. Die ganze Kassationslehre ist das schärfste Unrecht. **Abg. Dr. Brauns** (Soz.); Ein Beweis für unsere Objektivität ist der Umstand, daß auch die Nationalliberalen gegen ihre Parteifreunde stimmen werden, ebenso wie wir. **Abg. Birk** (natl.); Die neue Praxis der Wahlprüfungskommission muß losgerissen vom Rasse Becker, objektiv beurteilt werden. Einige meiner Freunde haben sich nicht dazu entschließen können, von der bisherigen Praxis abzuweichen; die meisten aber stellen sich auf den Standpunkt, daß eine Kassation einzelner Wahlakte nicht zulässig ist. Sie werden die Wahl Beckers für ungültig erklären. Es wäre das Beste, das ganze Wahlprüfungsverfahren einem unabhängigen Gerichtshof zu übertragen. **Die Abg. Dr. Spahn** (Centr.) und **Dr. Krenn** (Reichsp.) treten für Gültigkeit der Wahl ein, da die Tragweite der neuen Praxis sich nicht übersehen läßt. Die namentliche Abstimmung ergab die Gültigkeit des Mandats des Abgeordneten Becker. Für Becker stimmten 150 Abgeordnete, gegen ihn 130. Drei Abgeordnete entschieden sich der Abstimmung. Das Ergebnis wurde von der Mehrheit und dem Zentrum mit Beifall begrüßt. **Es folgt die**

**Prüfung der Wahl des Abg. Haupt** (Soz.), der in Jerschow mit 7 Stimmen Mehrheit gewählt worden ist. Die Kommission beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären, da bei näherer Prüfung seine Mehrheit für Haupt geblieben ist. **Abg. Reichhaus** (Soz.) beantragt Gültigkeit der Wahl, eventuell Zurückverweisung an die Kommission. **Die Abg. Schwarz** (Natl.), **Pöschel** (Centr.), **Dr. Krenn** (Reichsp.) und **Dr. v. Witt** (natl.) sprechen für Ungültigkeit der Wahl. **Abg. Dr. Neumann-Doser** (Natl.) empfiehlt Zurückverweisung der Wahl an die Kommission. **Abg. Schmidt, Reichen** (Soz.) zieht darauf den Antrag auf Gültigkeit der Wahl zurück und beantragt sich im Namen seiner Fraktion mit der Zurückverweisung an die Kommission. Die Wahl wird dann mit 170 gegen 142 Stimmen an die Kommission zurückverwiesen. **Schluß 6<sup>15</sup> Uhr.** **Morgen 1 Uhr:** Anträge betreffend Negehung des Submissionswesens.

**Die Ueberreichung des St. Andreasordens an Poincaré.**

**Paris.** Bei Ueberreichung der durch den Kammerherrn Baron v. Schillinga überbrachten Insignien des St. Andreas-Ordens an den Präsidenten Poincaré legte der russische Botschafter Kamoloff:

Der Kaiser habe bei Verleihung des Ordens sofort nach der Uebernahme der Präsidentschaft durch Poincaré ein neues Zeichen seiner Zuneigung für Frankreich und seiner persönlichen Freundschaft und Hochachtung für Poincaré geben wollen. Dieser erneute Ausdruck seiner Gefühle werde auch als eine neue Bürgschaft für die so engeren Beziehungen betrachtet werden, die das befreundete und verbündete Frankreich und Rußland vereinigen. **Präsident Poincaré** erwiderte:

Er sei tief gerührt über diesen Freundchaftsbeweis des Kaisers, dieses neue Zeichen der unveränderlichen Gefühle des Kaisers für Frankreich, für das die eingehende Schreibung des Kaisers ein berechtigtes Zeugnis ablegte. So halte auch er seit an der Politik, die schon lange Frankreich mit Rußland verbündet. Er werde sorgsam darüber wachen, das Bündnis der beiden Länder zu erhalten und noch enger zu gestalten. **Woch der Ueberreichung des Ordens** fand beim Präsidenten Poincaré ein Arrhölich statt, woran auch der Ministerpräsident Briand und der Minister des Auswärtigen Jonart teilnahmen.

**Das dänische Königspaar in Berlin.**

**Berlin.** Der König von Dänemark empfing heute nachmittag im Röhrl-Schlöffe den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und den Staatssekretär v. Jagow. Gegen 1<sup>15</sup> Uhr begaben sich die königlichen Majestäten zum dänischen Gesandten und Grafen v. Woltke, um in der Gesandtschaft den Tee einzunehmen. Hierzu waren auch zahlreiche Mitglieder der dänischen Kolonie geladen.

**Die Lebensmittelversorgung in Europa.**

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Im Reichstag des Innern sind letzten Bericht von deutschen Verrichtungen im Ausland über die Lebensmittelversorgung in verschiedenen europäischen Ländern angenommen und veröffentlicht worden. Die Berichte geben ein anschauliches Bild über die allmähliche Preissteigerung nahezu aller wichtiger Lebensmittel in diesen Ländern, eine Steigerung, die teilweise die Anwohnerbewegung der Preise in Deutschland weit übersteigt. **Wah überreicht** wird die Angaben nach der Richtung, daß man die Steigerung der Verkaufspreise durch das Anwachen der Preise nicht überleben dürfe, andererseits wird häufiger, so von England und Frankreich, von Arbeiterunruhen und Lohnbewegungen wegen des Anwachsens der Lebensmittelpreise berichtet. Oft wird die Einwirkung des Welthandels und des Weltmarktes als hauptsächlichster Anlaß anerkannt. So erweist sich als wesentlicher Grund für das Anwachen der Preissteigerung in England der Umstand, daß Amerika nicht mehr für diese Ware als unerwünschtes Ausführland auftritt, sondern wegen Anwachsens des eigenen Verbrauchs bei Verminderung der eigenen Erzeugung nicht mehr wie früher abführen kann. Ueberreicht wurde herrscht auch darüber, daß das Anwachen des Verbrauchs, und zwar nicht nur der Menge, sondern auch der beanspruchten Güte nach, mit einem Hauptgrund für das Anwachen der Preise bildet. Die meisten Anzeichen des Verbrauchs steht nun in vielen Ländern eine Abnahme der Erzeugung des betreffenden Landes gegenüber. Ueberall wird die Wirkung der fortschreitenden Dürre des Jahres 1911 erwähnt. Sehr verurteilt sind die Mittel, die in dieser Beziehung zur Milderung vorgeschlagen werden. Die Stärkung der ein-

heimischen Erzeugung sieht man in mehreren Ländern als das allein wirksame Mittel an. Daneben finden sich sehr beachtenswerte Mittelungen über Organisation der Fleisch- und Lebensmittelversorgung und auch über Versuche zur Belehrung der Bevölkerung über eine rationelle Ernährung.

**Wendungsanträge für das Reichsgeld.**

**Berlin.** (Priv.-Tel.) An maßgebender Stelle beabsichtigt man, die Vorkaufs- oder die Propaganda-gelder im Reichsgeld in der Weise zu ändern, daß künftig von jedem Doppelzentner reinem Kali eine Abgabe von 1.20 Mark erhoben werden soll, also doppelt so viel als bisher. Der Reichskassier soll von dieser Abgabe 80 Pfg. für den Doppelzentner behalten, die übrigen 40 Pfg. werden dem Kassier zum Zweck der Propaganda zur freien Verfügung überlassen. Im vorigen Jahre betrug der Absatz an Kali über 10 Millionen Doppelzentner. Er erfährt alljährlich, da der Kaliverbrauch in der ganzen Welt zunimmt, eine starke Steigerung. Für das Reich würde sich bei einem Verbrauch von nur zehn Millionen eine jährliche Einnahme von 8 Millionen ergeben. Ferner plant man, die aus dem angefallenen und nicht verwendeten Propagandageldern kommenden 7 Millionen Mark dem Reichsbank für zur Verfügung zu stellen. In den ersten beiden Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes der Industrie diese Summe gegen ihren Anspruch an Propagandagelder in Anrechnung zu bringen, so daß das Reich vorerst die gesamte Abgabe dem Reichsäckel zuwenden könnte. **Die Novelle** wird dem Reichstag voraussichtlich im Herbst dieses Jahres beschickt. Die aus der Abgabe dem Reich zuführenden Einnahmen werden gelegentlich der Erörterungen über die Deckungsfrage der neuen Militärvorlagen eine Rolle spielen.

**Zurückweisung sozialdemokratischer Uebergriffe.**

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenhause beschwerten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten Borchart und Liebkecht über Terrorisierungsversuche der Väterinnung in Magdeburg. Dieselbe Terrorisierung wie in Magdeburg habe sich auch in Leipzig zugetragen. Handelsminister Dr. Sydow erwiderte, die Väterinnung in Magdeburg habe einen Bescheid gefaßt, bei einer Ordnungsbefehl von 20 Mark für jeden Tag feinerer Einzelverträge mit dem sozialdemokratischen Zentralverband abzuschließen. Nach Maßgabe der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen werde er den Bescheid der Innung nicht danken. Es handele sich um einen Kampf des Zentralverbandes der Väter gegen die Väterinnung. Und die tariflose Befehle zu führen, werde seine, des Ministers, Aufgabe sein, soweit es mit dem Rechte vereinbar sei. (Beifall.)

**Nachbesprechung des Ausnahmeprofessors Dr. Sloan.**

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Der amerikanische Austauschprofessor Historiker Dr. William Sloan hielt heute mittig in der alten Aula der Universität seine Nachbesprechung. Er schloß seinen Vortrag: „Ich war glücklicher als meine Vorgänger, da ich in einer Zeit hier wirkte, die die Erinnerungsflecken an das Jahr 1813 bringt. Als ich vor 35 Jahren in Berlin studierte, da sprach man hier schon von der Begabung Ihres letzten Kaisers, und er hat als Friedensheld, als Schlichter der höchsten Güter der Menschheit, als Förderer der Künste und Wissenschaften, sich die Bewunderung der ersten Männer nicht nur in Ihrem Vaterlande, sondern in der ganzen Kulturwelt errungen. Ich scheidet von hier mit dem innigen Danke für das Kaiserpaar, für ihr Ministerium, die Kollegen an der Universität und für die Studierendenschaft. Möge es unseren beiden Nationen vergönnt sein, gemeinsam weiter zu schaffen an dem Aufbau eines Weltreiches des Guten und Schönen!“ Der Rektor, Graf Brandt, nahm hierauf im Namen der Universität mit herzlichsten Worten Abschied von Professor Sloan.

**Internationales Preisenschriften der Filmindustrie.**

**Berlin.** (Priv.-Tel.) In Rom hat sich ein internationales Komitee gebildet, das den Kinematographen und die damit verbundenen Filmindustrie auf ein höheres Niveau heben will. Eine römische Filmgesellschaft hat die Mittel zu einem internationalen Preisenschriften zur Verfügung gestellt. Bei dem in jedem Jahre 5000 Francs zur Verteilung kommen sollen. Auch in Deutschland, und zwar in Berlin, soll ein Preisrichterkollegium zusammentreten, das die näheren Bedingungen der Ausschreibungen für das Deutsche Reich festsetzt.

**Ein neuer holländischer Großhändler.**

**Frankfurt a. M.** (Priv.-Tel.) Der „Frankf. Sta.“ wird aus Karlsruhe telegraphiert: In der Sitzung des Annen Ausschusses der nationalliberalen Partei wurde auch die Laßt bei den kommenden Landtagswahlen erörtert. Die Mehrheit der Vertreter sprach sich für einen Großhändler, also für ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten im ersten Wahlgang, aus. Die eingehende Entscheidung in dieser Angelegenheit wurde auf später vertagt.

**Die Schwierigkeiten des Kabinetts in Ungarn.**

**Budapest.** Der Unterrichtsminister Graf Sigh erklarte Vertretern der Presse auf die Frage, ob er seinen Resignation abgegeben habe, daß er sich hierüber nicht äußern könne. Jedoch ließ der Minister der Presse folgende Mitteilung zuhören: Solange die durch die Führer der Opposition gegen den Ministerpräsidenten erhobenen und das ganze Kabinett berührenden schweren Beschuldigungen bei voller Freiheit der Beweise und Gegenbeweise nicht widerlegt sind, bin ich für keinerlei politische oder parlamentarische Betätigung zu haben.

**Italienisch-spanische Verhandlungen.**

**Rom.** (Priv.-Tel.) „Stampa“ veröffentlicht ein Interview mit dem Abg. Ciriani, einem Vertrauten Giolittis, der sich dahin äußerte: Die Initiative zu einem italienisch-spanischen Uebereinkommen im Mittelmeer ist von Madrid ausgegangen und hat in diesem Kreise die Aufnahme gefunden, die sie verdient. Italien ist direkt interessiert und muß darauf dringen, daß das Mittelmeer nicht als ein französisches Meer betrachtet werde, um so mehr, als Frankreich jede Gelegenheit benütze, um zu erklären, daß es die Herrschaft am Mittelmeer anstrebe und daß es dieses Meer als sein vornehm bezeichnet. Die Integrität des Mittelmeeres ist von vier Mächten, und zwar Italien, Österreich-Ungarn, der Türkei und Spanien gewährleistet. Zum Schluß sprach Ciriani auch den Wunsch aus, daß Griechenland dieser Mächtegruppe beitreten möge.

**Prüfung der Erzeugung einer italienischen Mehl.**

**Turin.** (Priv.-Tel.) Die Schiffahrt de Casale, die größte Italiens, die fast ausschließlich Staatsbesetzung ausführt, hat heute, um gegen die schon an länger währenden Zahlungsverzögerungen des Ministeriums und gegen den Autarkismus zu protestieren, ihre sämtlichen 7000 auf den Werften in Genua, Sampierdarena, Cornigliano und Sestri Ponente beschäftigten Arbeiter entlassen. Nur die an der inneren Verwaltung des Decanogebäudes „Julius Casale“ tätigen Arbeiter bleiben weiter beschäftigt.

**Die deutschspanische Stimmung in Frankreich.**

**Paris.** (Priv.-Tel.) Der allfällige spanische Delegierter Casali, der durch seine besessene Verbindung Deutschlands und aller Deutschen in seinem parabolischen Buche von Professor Ratzke in Frankreich große Volkstümlichkeit erlangt hat, wurde gestern einmütig durch Juris zum Mitglied der französischen Schriftsteller-Gesellschaft gewählt, ohne daß von ihm die allen anderen Bewerbern sonst auferlegte Parteilichkeit gefordert wurde.

Dr. 50  
Mittwoch, 26. Februar 1913  
Seite 2  
„Dresdener Nachrichten“